Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/886
30.04.2009

Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

59. Sitzung (öffentlich)

30. April 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:25 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) berichtet über die Ergebnisse der Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 22. April 2009.

1 Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung **8**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7961

In Verbindung mit:

Beste Lehrerausbildung für besten Unterricht

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4010

Ausschussprotokoll 14/851

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4010 abzulehnen.

2 Gespräch mit Vertreterinnen der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Nordrhein-Westfalen (LaKof) 14

In Verbindung mit:

Frauenförderung an Fachhochschulen

Vorlage 14/2301

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit den LaKof-Vertreterinnen Gabriele Kirschbaum, Gabriele Drechsel und Marlies Diepelt.

3 Gespräch mit Vertreter/-innen der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen 25

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Prof. Dr. Joachim Metzner (Präsident der Fachhochschule Köln und stellvertretender Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen), Prof. Birgit Mager (Leiterin des Zentrums für Forschungskommunikation an der Fachhochschule Köln) und Prof. Dr. Martin Sternberg (Präsident der Fachhochschule Bochum).

4 Information der Landesregierung zu Problemen bei der Anerkennung von an Universitäten und Fachhochschulen erworbenen Masterabschlüssen als Erstes Staatsexamen im Rahmen der Lehrerausbildung 37

Vorlage 14/2521

– Diskussion

5 Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung **43**

Der Ausschuss benennt mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen bei Abwesenheit der Fraktion der FDP einstimmig Heike Gebhard (SPD) als neues ordentliches Mitglied im Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung und Iris Preuß-Buchholz (SPD) als neues stellvertretendes Mitglied.

6 Verschiedenes **44**

– Klärung des Beratungsverfahrens zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9042 „Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (AG BAföG-NW)“

* * *

1 Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7961

In Verbindung mit:

Beste Lehrerausbildung für besten Unterricht

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4010

Ausschussprotokoll 14/851

Vorsitzender Ewald Groth weist darauf hin, dass sich der Ausschuss in dieser Sitzung letztmalig mit dem Gesetzentwurf und dem Antrag der Fraktion der SPD befassen werde.

Das Ausschussprotokoll 14/851 dokumentiere die Anhörung vom 25. März 2009. Nach der Anhörung hätten zwei gemeinsame Sitzungen mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Auswertung der Anhörung stattgefunden.

Der federführende Ausschuss für Schule und Weiterbildung werde sich am 6. Mai abschließend mit dem Gesetzentwurf beschäftigen und eine Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung im Plenum am 7. Mai 2009 abgeben.

Nach Ansicht von **Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** habe die gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss am Vormittag gezeigt, welche Neuerungen der Gesetzentwurf beinhalte, wie ambitioniert er sei und welche Chancen und Risiken er berge. In einigen Punkten bestehe Konsens. Das sei ein gutes Signal an die Beteiligten. In einigen Punkten sei Dissens festgestellt worden. Zu verschiedenen Fragen der Umsetzung sei außerdem am Vormittag Stellung genommen worden.

Die Koalitionsfraktionen hielten am Gesetzentwurf fest. Die Neukonstruktion der Lehrerausbildung sei der richtige Weg.

Er kündige allerdings für die Abstimmung im federführenden Schulausschuss noch einige Änderungsanträge an, die den anderen Fraktionen rechtzeitig zugingen.

Seine Fraktion sei davon ausgegangen, so **Karl Schultheis (SPD),** dass eventuelle Änderungsanträge heute in der gemeinsamen Auswertungssitzung mit dem Schulausschuss präsentiert würden, um sie in die Beratung einbeziehen zu können.

Die Kritikpunkte der SPD seien durch die Anhörung und durch die Einlassungen der Mehrheitsfraktionen und der Landesregierung nicht entkräftet worden.

Der wesentliche Kritikpunkt, der sich auf verschiedene Bereiche beziehe, seien die fehlende Konkretisierung und wirklich schlüssige Darstellung des Gesetzes und der

Verordnungen, denen die zuständigen Fachausschüsse aus Sicht der Landesregierung nicht zustimmen müssten. Die SPD behalte sich vor, hierzu gegebenenfalls noch einen Änderungsantrag einzubringen. Das hänge aber auch davon ab, welche Änderungen die Koalitionsfraktionen noch beantragten.

Der zweite Kritikpunkt der SPD-Landtagsfraktion betreffe die Zentren für Lehrerausbildung. Das sei auch ein Hauptkritikpunkt in der Anhörung gewesen. Aus Sicht der SPD sei noch immer nicht glaubwürdig dargestellt worden, wie ein Commitment aller Fachbereiche für die Lehrerausbildung an den Hochschulen erreicht werden könne. Da gebe es aus Sicht seiner Fraktion keine verbindlich vorgegebene Struktur. Die SPD habe nicht die Zuversicht, dass es an allen Hochschulen entsprechende strukturelle Vorgaben gebe, die gewährleisteten, dass die Lehrerausbildung nicht weiter insular geregelt werde.

Generell kritisiere die SPD die schulformbezogene Lehrerausbildung. Es fehle Klarheit, was die Schulformbezogenheit angehe. Hier sei ja viel in Bewegung. Die Parteien diskutierten neue Schulformen. Wenn es eine Novelle des Lehrerausbildungsgesetzes gebe, müsste auch eine Möglichkeit gegeben sein, auch über das bisher bestehende Schulsystem hinaus andere Schulformen zu ermöglichen. Die SPD kritisiere, dass diese Offenheit fehle, und bitte darum, noch einmal darüber nachzudenken.

Die SPD bitte die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung, kurz darzulegen, wie auf die Anregungen der LaKof und der Fachhochschulen, der beiden heutigen Gästegruppen, zum Lehrerausbildungsgesetz reagiert werde.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) meint, die Kritikpunkte seien bereits in der Anhörung sehr deutlich geworden und hätten sich auch am Vormittag nicht ausräumen lassen.

Die strukturelle Verzahnung der Hochschulen mit der zweiten Phase, wie im Gesetz vorgeschlagen, sei ein riesiger Feldversuch mit ungewissem Ausgang. Dieser Eindruck sei geblieben. Alles hänge doch von einer gelungenen und freiwilligen Kooperation ab, die natürlich auch wünschenswert sei, von der aber unklar sei, wie sie eigentlich auf den Weg gebracht werden solle.

Das Zentrum für Lehrerbildung werde hinsichtlich seiner Ausgestaltung von den meisten Hochschulen auch intern sehr kontrovers diskutiert. Das sei schon das erste und sehr wichtige Problem, das unter anderem Prof. Freimuth und der Deutsche Hochschulverband bei der Anhörung sehr deutlich angesprochen hätten.

Gleichzeitig werde die Verkürzung der zweiten Phase von vielen infrage gestellt. Selbst Prof. Baumert habe in der Anhörung gesagt:

> In welchem Maß eine Verkürzung der zweiten Phase sinnvoll ist, ist offen. Hierbei ist es entscheidend, die Funktionsfähigkeit der zweiten Phase nicht zu gefährden. Ob zwölf Monate das richtige Maß sind, wage ich zu bezweifeln. Man muss sehr genau über die Balance nachdenken, sodass man die Stärken der zweiten Phase nicht opfert.

Das sei ja eine Folge der vorliegenden Strukturen.

Außerdem sei voraussehbar, dass unter solchen Voraussetzungen bedarfsdeckender Unterricht nicht mehr in gewünschtem Maße stattfinden könne. Das sei wiederum ein Desaster für die Schulen.

Vieles hänge also jetzt von einer gut durchdachten und detaillierten Rechtsverordnung ab, die nichts im Dunkeln lasse. Die wiederum liege überhaupt nicht vor. Hier müsse im Grunde genommen über einen ungedeckten Scheck abgestimmt werden. Das werde ihre Fraktion nicht tun. Unter solchen vagen Voraussetzungen könne ihre Fraktion dem Gesetz nicht zustimmen.

Christian Lindner (FDP) findet, es müsste doch nachvollziehbar sein, dass die Koalitionsfraktionen nach einer Auswertungssitzung nicht ad hoc Änderungsanträge vorlegen wollten. Die Koalitionsfraktionen wollten sich die Zeit nehmen, das zu beraten, gerade auch vor dem Hintergrund, dass nicht alle Ausschussmitglieder an der gesamten Sitzung hätten teilnehmen können, weil sie ja kurzfristig anberaumt gewesen sei. Er bitte die SPD deshalb auch um Verständnis, dass diese Änderungsanträge zum jetzigen Zeitpunkt hier noch nicht beraten werden könnten und sollten.

Was die Verordnungen angehe, handele es sich um ein übliches Verfahren, dass Einzelbestimmungen zu einem späteren Zeitpunkt von der Landesregierung bearbeitet und vorgelegt würden. Das seien keine politischen Leitentscheidungen, sondern da werde der Rahmen des Gesetzes ausgefüllt. Insofern wollten CDU und FDP an diesem Verfahren und an der Proportion, was Verordnung und was Gesetz sei, nichts verändern. In dieser Weise würden die Koalitionsfraktionen nicht in den Gesetzentwurf eingreifen.

Herr Schultheis habe die Kopplung zwischen den unterschiedlichen Beteiligten an der Ausbildung angesprochen, universitär und außeruniversitär und innerhalb der Hochschule. Da werde sich zeigen – auch in einer späteren Evaluation –, ob sich die vergleichsweise lose Kopplung, die man jetzt an einigen Stellen gewählt habe, in der Praxis bewähre. Er gehe zum jetzigen Zeitpunkt davon aus. Die SPD habe da eine andere Einschätzung. Das Gesetz selbst sehe ja eine Evaluation vor, die es dann erlaube, an Stellen nachzusteuern, an denen die Intentionen des Gesetzgebers noch nicht realisiert seien.

Herr Schultheis habe auch die schulformbezogene Lehrerausbildung angesprochen. Hier sei nicht der Raum für eine Schulstrukturdebatte. Richtig sei, dass in der Schulpolitik bundesweit Bewegung sei. In den Zielen dieser Bewegung gebe es diametrale Meinungsunterschiede. Während CDU und FDP neue Verbindungen und Verbünde von bestehenden Bildungsgängen befürworteten – in unterschiedlicher Nuancierung innerhalb der Koalition –, habe die andere Seite des Hauses ganz andere Zielvorstellungen.

Er bitte um Verständnis dafür, dass die Koalitionsfraktionen die Auffassung verträten, dass ihre Form der Lehrerausbildung und ihre Anlage der Schulstruktur einfach problemangemessener seien. Insofern wollten die Koalitionsfraktionen das auch im Lehrerausbildungsgesetz zum Ausdruck bringen. Die Koalitionsfraktionen glaubten auch nicht daran, dass die Zielvorstellungen der Opposition umsetzbar wären oder umge-

setzt werden sollten, auch nicht in einer 20-Jahre-plus-X-Perspektive. Die Koalitionsfraktionen hätten ein anderes Bildungsverständnis. Dieser Gesetzentwurf sei an den Realitäten orientiert.

Er habe mit diesem Beitrag jetzt keine Schulstrukturdebatte provozieren wollen und deshalb ganz bewusst den Kammerton gewählt.

Karl Schultheis (SPD) hofft, dass die Fraktionen in ihrem Bildungsverständnis gar nicht so weit auseinander lägen. Es gehe eher um die Wege, auch bei diesem Lehrerausbildungsgesetz. Die SPD wisse ja um diese Debatten. Zum Teil gebe es auch Festlegungen in Beschlüssen der Parteien, die aber nicht mit dem kompatibel seien, was jetzt mit diesem Gesetz festgeschrieben werde.

Die Frage sei, ob nicht ein Weg gefunden werden könne, eine Offenheit zu formulieren. Er finde es ja gut, dass die Hochschulen selbst Studiengänge entwickelten und akkreditieren ließen. Vielleicht könne den Hochschulen aber ein Stück mehr Freiheit gegeben werden, Studiengänge auf den Weg zu bringen, die womöglich die engen Vorgaben der Schulformbezogenheit überschreiten könnten. Darüber sollte noch einmal nachgedacht werden, damit sich dieses Gesetz auch aus sich heraus weiterentwickeln könne.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) möchte eine unrichtige Behauptung der Kollegin Frau Dr. Seidl widerlegen. Das sei bereits am Vormittag gesagt worden: Die Verordnung liege vor mit der Vorlage 14/2319 vom 9. Dezember 2008. Diese Vorlage sei auch bereits Gegenstand der Diskussion gewesen. Die sei keineswegs unbekannt. Er gehe davon aus, dass sich diese Verordnung in ihren großen Strukturen auch nicht mehr entscheidend ändern werde, wenn das Gesetz verabschiedet sei. Denn die Koalitionsfraktionen wollten das Gesetz in seiner Struktur gerne so beschließen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) entgegnet, es gehe ja nicht nur um die Verordnung. Es gebe beispielsweise auch eine Arbeitsgruppe, über deren Arbeit das Parlament nicht informiert werde. In dieser Arbeitsgruppe werde entwickelt, wie die Kooperation zwischen den beiden Bereichen genau aussehen solle. Unklar sei, wie weit diese Arbeit fortgeschritten sei und wann sie abgeschlossen sein werde.

All dies zeige, wie ungewiss auch die zu erreichenden Ziele seien. An dieser Stelle bleibe für die Parlamentarier nur, über sehr vage Eckpunkte abzustimmen. Die Lehrerausbildung sei aber eines der wichtigsten Themen im Schulbereich. Es würden gute und reformorientierte Lehrer gebraucht. Bei den vagen Eckpunkten könne ihre Fraktion dem Gesetz nicht zustimmen.

Karl Schultheis (SPD) erinnert an seine Bitte darzulegen, wie die Anregungen der LaKof und der Fachhochschulen aufgegriffen würden.

Er wolle für die Koalition zu diesem Zeitpunkt keine Stellung dazu nehmen, so **Dr. Michael Brinkmeier (CDU).** Er sei aber gern bereit, das normale Gespräch mit

allen beteiligten Gruppen zu führen und nicht nur mit den beiden anwesenden Gruppen. Die beiden anwesenden Gruppen hätten sicher Verständnis dafür, dass hier nicht im Rahmen einer ordentlichen Ausschusssitzung eine Sonderbehandlung stattfinde.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) nimmt Stellung, soweit die Hochschulen gefordert seien, das, was der Gesetzgeber vorzugeben beabsichtige, auch so umzusetzen, dass der Wille des Gesetzgebers sehr zeitnah zum Tragen komme, habe er überhaupt keinen Zweifel, dass das den Hochschulen gelinge. Beim Hochschulfreiheitsgesetz und bei anderen Initiativen habe sich gezeigt, dass die Hochschulen in der Lage seien, die Dinge sehr schnell sehr wirksam zur Umsetzung zu bringen. Der Gesetzgeber lasse ja auch noch organisatorische Ausgestaltungsfreiheiten, die auch notwendig seien, um verschiedene Pfade beschreiten zu können, also ein Stück weit Innovation erlauben zu können.

Er sei sehr zuversichtlich, dass die Praxis das so umsetzen werde, dass die vorgegebenen Ziele auch erfüllt werden könnten. Wenn in den Zielen Einigkeit herrsche, sollte den Institutionen auch das Vertrauen entgegengebracht werden, dass sie das vernünftig ausführten. Bei anderen Zielen handele es sich natürlich um einen Dissens, der nur schwer überwunden werden könne.

Zur Lehrerausbildung an Fachhochschulen sei eine Öffnung beabsichtigt, vor allen Dingen was die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für die Berufskollegs anbetreffe. Daran werde deutlich, dass hier auch eine Bereitschaft bestehe, die Fachhochschulen mit in den Blick zu nehmen.

Er wolle an dieser Stelle gern dem Schulministerium die Gelegenheit geben, seine Sicht mit Blick auf die Fachhochschulbeiträge zur Lehrerausbildung zu ergänzen.

MDgt Dr. Ulrich Heinemann (MSW) verweist auf die Rede von Ministerin Sommer in der ersten – leider abgebrochenen – gemeinsamen Sitzung von Schulausschuss und Wissenschaftsausschuss am 22. April 2009 zur Auswertung der Anhörung. *(siehe APr 14/871)*

Frau Ministerin Sommer habe gewissermaßen von sich aus gesagt, dass sie durchaus anrege, die Fachhochschulen noch stärker in die Kooperation mit den Universitäten zu bringen.

Die Ministerin habe aber gleichzeitig deutlich gemacht, dass das Primat der Universitäten erhalten bleiben müsse. Das bedeute – salopp gesagt –, die Universitäten sollten weiter den Hut aufbehalten. Das habe zum einen verfassungsrechtliche Gründe und zum anderen Gründe, die mit den KMK-Beschlüssen zu tun hätten. Das habe Herr Dr. Filmer in der Sitzung heute Morgen sehr ausführlich dargestellt.

Aber man sei sehr für Kooperationen wie zum Beispiel in Münster im Rahmen von BK. Außerdem habe man das in den Diskussionen auch immer angeregt. Denn es gebe im Zusammenhang mit dem Haupt- und Realschullehrerprofil durchaus ein starkes sozialpädagogisches Element. An diesem Punkt könnten Fachhochschulen

mit ihrer spezifischen Kompetenz sehr viel tun, um die Lehrerausbildung stärker zu machen.

Er fasse zusammen: Öffnung ja, aber das Primat der Universitäten müsse erhalten bleiben.

Das führe nach Meinung von **Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** dazu, dass Masterabschlüsse an Fachhochschulen möglicherweise nicht die Voraussetzung für ein Erstes Staatsexamen sein könnten. Das sei ein Widerspruch, was die Öffnung angehe.

Vorsitzender Ewald Groth macht darauf aufmerksam, dass Tagesordnungspunkt 4 diese Problematik betreffe.

Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf der Landesregierung anzunehmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4010 abzulehnen.